

Pressemitteilung 2/2021

Halle (Saale), den 25. Januar 2021

Hohes öffentliches Defizit nicht nur wegen Corona – Mittelfristige Handlungsmöglichkeiten für den Staat

Nach der Mittelfristprojektion des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland zwischen den Jahren 2020 und 2025 langsamer wachsen als zuvor, nicht nur aufgrund der Pandemie-Krise, sondern auch, weil die Erwerbsbevölkerung zurückgehen wird. Die im Fall unveränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen resultierenden strukturellen öffentlichen Defizite dürften höher sein, als es die Schuldenbremse erlaubt. Die Konsolidierung würde, vor allem wenn sie durch Steuererhöhungen erfolgt, kurzfristig mit spürbaren wirtschaftlichen Einbußen einhergehen. „Es spricht viel dafür, die Schuldenbremse zwar nicht abzuschaffen, aber ein Stück weit zu lockern“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des IWH.

Nach der Mittelfristprojektion des IWH wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland in den Jahren bis 2025 preisbereinigt um durchschnittlich ½% wachsen, und damit um einen Prozentpunkt langsamer als im Zeitraum von 2013 bis 2019. Dies ist vor allem auf den starken Einbruch im Jahr 2020 zurückzuführen, aber auch darauf, dass die Erwerbsbevölkerung spürbar zurückgehen wird. Das nominale BIP wird wohl um durchschnittlich 2½% zunehmen.

Im Jahr 2021 dürfte das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit aufgrund der Pandemie 4,3% in Relation zum BIP ausmachen. In den Folgejahren führen die langsamer expandierenden Staatseinnahmen zusammen mit den schon vor der Corona-Pandemie angelegten Ausweitungen der Sozialausgaben zu strukturellen Defiziten im Staatshalt von etwa 2%. Wenn das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2025 wieder auf den in den europäischen Fiskalregeln vorgegebenen Referenzwert von 0,5% in Relation zum BIP zurückgeführt werden soll, sind Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich. Mit Hilfe des finanzpolitischen Simulationsmodells des IWH kann gezeigt werden, dass eine solche Konsolidierung kurzfristig mit spürbaren wirtschaftlichen Einbußen einhergeht. Eine ausgabenseitige Konsolidierung belastet die Wirtschaft weniger als eine einnahmenseitige, nicht zuletzt, weil negative Effekte von Steuer- und Abgabenerhöhungen auf das Arbeitsangebot vermieden werden.

Es sprechen verschiedene Argumente dafür, die Schuldenbremse zwar nicht abzuschaffen, aber ein Stück weit zu lockern. Denn auch zukünftige Generationen können von einer Ausweitung der öffentlichen Verschuldung profitieren. Zwar bringt dies Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die Zukunft mit sich. Es ist aber zu bedenken,

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi), Bundes-
ministerium der Finanzen (BMF),
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales (BMAS), Bundesministerium
des Innern (BMI), Bundeskanzleramt,
Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
wirtschaftliche Entwicklung in
Deutschland, mittelfristige
Projektion, Produktionspotenzial,
Wirtschaftswachstum, öffentliche
Finanzen, Staatsverschuldung,
Corona, Arbeitsmarkt,
Demographie

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

dass die begebenen Schuldtitel zu einem erheblichen Teil von Inländern gekauft werden dürften. Deshalb werden nicht nur die Träger der für den Schuldendienst erforderlichen Steuerlast, sondern auch viele Empfänger Inländer sein. Zwar kann die Neuverschuldung die Kapitalbildung behindern, etwa, wenn die staatliche Kreditaufnahme über einen Zinsanstieg Investitionen in privatwirtschaftliche Projekte verdrängt und selbst vor allem konsumtiv verwendet wird. Doch gegenwärtig sind die Kapitalmarktrenditen trotz massiv gestiegenen öffentlichen Finanzierungsbedarfs sehr niedrig geblieben. Auch dürfte es gegenwärtig eine Vielzahl von hoch rentierlichen öffentlichen Mehrausgaben geben, etwa in den Bereichen Bildung, Digitalisierung und Energiewende. Es sprechen allerdings politökonomische Argumente dafür, grundsätzlich den Spielraum für Staatsverschuldung mittels einer fiskalpolitischen Regel zu begrenzen. Deshalb sollte die Schuldenbremse nicht abgeschafft, sondern nur gelockert werden, etwa so weit, wie es der Europäische Fiskalpakt zulässt. Dieser erlaubt strukturelle Defizite in Höhe von 0,5% in Relation zum BIP.

Langfassung:

Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies: Hohes öffentliches Defizit nicht nur wegen Corona – Mittelfristige Handlungsmöglichkeiten für den Staat, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 8 (4), 2020. Halle (Saale) 2020, 150 ff.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.